

**Kommunalpolitisches Treffen
des Kommunalverbandes Ruhrgebiet**

**am 27. Januar 1995
in Lünen**

Ich bin Ihrer Einladung sehr gerne gefolgt, weil Europa nicht nur in europäischen Institutionen in Brüssel und Straßburg diskutiert werden darf.

Der Kommunalverband Ruhrgebiet tut dies seit langem. Das Ruhrgebiet ist eine Region im Herzen Europas. So steht es auf den Plakaten und in den Broschüren. Aber ist Europa im Herzen des Ruhrgebiets?

Diese Region, die mit ihren über zwei Millionen Erwerbstätigen einer der größten Arbeitsmärkte in der Europäischen Union ist, die immer noch führend in der Kohle- und Stahlproduktion in der Union ist, auch wenn Kohle und Stahl nur noch ein Viertel des Gesamten Umsatzes in der Industrie erwirtschaften, diese Region, die weit mehr als ein Drittel ihrer Industrieproduktion (mehr als 60 Prozent ihres Exports) in der Europäischen Union absetzt, kann und wird nicht das industrielle und wirtschaftliche Herz Europas sein, wenn sie sich Europa nicht selbst zu Herzen nimmt.

Übrigens nicht nur wegen der notwendigen Strukturveränderungen, die auch ohne die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union notwendig sind und auch ohne die finanzielle Unterstützung aus Brüssel aus den verschiedenen Programmen der Strukturfonds.

Dabei werden vor allem Projekte finanziert, die das eigene Entwicklungspotential der Region fördern helfen, wie z.B. Technologiezentren in Oberhausen oder Gelsenkirchen und der Ausbau des Innenhafens in Duisburg. Gelder fließen in Infrastrukturmaßnahmen, Innovationsförderung in der Industrie und im Dienstleistungsbereich, in Qualifizierungsmaßnahmen oder in die Umweltsanierung.

So wird z.B. aus dem Umweltprogramm LIFE zur Zeit ein Logistikprojekt Ihres Verbandes zur Verbesserung der städtischen Umweltqualität mit 1,4 Millionen ECU gefördert.

Und 21 Millionen DM aus dem von Land co-finanzierten RECHAR-Programm für Kohlegebiete fließen in ein Programm zur überbetrieblichen Aus- und Weiterbildung in Essen. Die Liste ist nicht komplett.

Legen Sie mich bitte nicht auf die genaue Zahl fest, aber allein im Zeitraum von 1990 bis 1993 sind über 1,8 Milliarden DM nach Nordrhein-Westfalen geflossen. Hinzu kommen die Umstellungsdarlehen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Höhe von rund 2,2 Milliarden DM, mit denen von 1981 bis 1991 über 67 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Wenn die Region, die im Herzen Europas liegt, nicht selbst Europa im Herzen hat - wird sie aus ihrer Lage... Worum geht es in den nächsten Jahren? Es geht im Grunde um die Kernthemen, die Kernprobleme unserer Gesellschaft am Ende des Jahrhunderts: Arbeit schaffen, die Umwelt schützen und die Demokratie stabilisieren, den Frieden sichern.

Wenn 18 Millionen Menschen in Westeuropa ohne Arbeit sind, dann muß der Kampf um die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit und damit auch gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit endlich in den Mittelpunkt der deutschen und der europäischen Politik gestellt werden. Wir dürfen uns durch die anziehende Konjunktur nicht täuschen lassen.

Eine Europäische Union, die von ihrem 140 Milliarden Mark-Haushalt im Jahr für sinnlose Agrarüberschüsse doppelt soviel ausgibt wie für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von 18 Millionen Menschen, kann die Herzen der Menschen nicht gewinnen.

In den letzten zwanzig Jahren hat sich im Welthandel ein dramatischer Wechsel vollzogen. Japan hat Europa, aber auch Deutschland, in der Entwicklung von Hochtechnologiegütern nicht nur überholt, sondern seinen Vorsprung ständig weiter ausgebaut. Und andere südostasiatische Staaten sind uns auf den Fersen. In den Schlüsselbereichen wie der Halbleitertechnologie kämpft die ganze europäische Industrie ums schlichte Überleben. Damit sind die gesamte informationstechnische Industrie, der Werkzeugmaschinenbau, die Automobilindustrie, die Unterhaltungselektronik, alle Tätigkeiten, die nach intelligenter Steuerung und Regelung verlangen, in die gnädigen Hände japanischer und amerikanischer Strategen gelegt.

Eine Europäische Union, die für die Subventionierung von Ölsaaten jedes Jahr genausoviel ausgibt, wie für die gemeinsame Förderung moderner Technologien, die ist nicht arm an Geld, sondern die ist arm an Geist. Sie verschenkt die Gegenwart und verspielt die Zukunft.

Wenn künftig alle Fernsehapparate japanisch und alle Fernsehprogramme amerikanisch sind und die Europäer nur noch die Zuschauer stellen, dann ist das jedenfalls nicht die Vision von europäischer Lebensweise und europäischem Standard.

Die Europäische Kommission, noch unter Führung von Jacques Delors, hat im November 1993 einen europäischen Beschäftigungspakt zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten - zwischen Regierungen und gesellschaftlichen Kräften - vorgeschlagen mit dem großen - aber auch realistischen - Ziel, die Massenarbeitslosigkeit innerhalb der nächsten sechs Jahre wenigstens auf die Hälfte des heutigen Standes zurückzuführen.

Wenn wir es erreichen wollen, dann müssen wir auf der europäischen Ebene folgendes erreichen:

- Die Schaffung einer modernen, intelligenten und umweltverträglichen Fernverkehrsinfrastruktur und eines gesamteuropäischen Telekommunikationsnetzes als Basis für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft. Das stärkt unsere Strukturen und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und schafft unmittelbar Arbeit.
- Die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit durch eine Forschungs- und Technologiepolitik, die das große Erneuerungspotential nutzt, das gerade in kleinen und mittleren Unternehmen steckt.
- Die europaweite Verbesserung von Ausbildung und Fortbildung und der Flexibilisierung von Arbeitszeiten.
- Eine Neuorientierung des Steuersystems. Entlastung der niedrigen Löhne von Lohnnebenkosten, höhere Belastung für Ressourcen- und Umweltverbrauch. Oder andersherum gesagt: die Tatsache, daß wir immer noch den Einsatz von Arbeitskraft, die reichlich vorhanden ist, stark belasten mit Steuern und Abgaben, statt den Verbrauch von Ressourcen wie Energie und Umwelt, die knapp sind, durch Steuern und Abgaben stärker zu belasten, das ist nicht nur ein ökologischer, sondern auch ein marktwirtschaftlicher Widerspruch.

Eine Europäische Union, die die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger gewinnen will, muß eine Vision von Europa entwickeln, die über Binnenmarkt und Währungsunion hinausweist.

Eine freie Gesellschaft kann sich nicht abschotten. Wir wollen keine Defensivstrategien. Protektionismus und Abschottung sind genauso falsche Konzepte wie ständige Lohnsenkungen und Sozialabbau. Aber eine Gesellschaft, die auf wirtschaftliche Leistung setzt - und auf wirtschaftliche Leistung setzen muß -, die darf die soziale Gerechtigkeit nicht vor die Hunde gehen lassen. Das unterscheidet die europäische Zivilisation grundlegend von anderen Erdteilen. Soziale Gerechtigkeit ist nicht ein Klotz am Bein der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern die Basis der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Europa.

Wer auf die Globalisierung der Märkte mit einer Nationalisierung der sozialen und ökologischen Regeln und Instrumente antworten will, der hat das falsche Konzept.

Heute verfügt kein Staat in Europa mehr allein über die Instrumente um Kapitalströme und Ressourcentransfers zu regulieren, Marktmacht zu begrenzen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und soziale Gerechtigkeit zu sichern.

Und kein Staat in Europa ist souverän genug, für sich allein über die natürlichen Lebensgrundlagen seiner Bürger zu entscheiden und sie zu schützen.

Realistische Umweltpolitik und nationale Souveränitätsträume schließen einander aus.

Natürlich ist europäische Umweltpolitik kein Ersatz für nationale Anstrengungen. Sie ist auch keine Entschuldigung für nationales Nichtstun.

In einer Zeit grenzenloser Umweltzerstörung muß auch die Politik zur Erhaltung der Umwelt Grenzen überschreiten. Atomwolken aus dem Osten oder gentechnisch manipulierte Lebewesen aus dem Westen, verdreckte Luft und verschmutztes Wasser kümmern sich nicht um unsere nationalen Souveränitätsrechte. Sie lassen sich durch Schlagbäume und Grenzkontrollen nicht aufhalten.

Gegen den Rinderwahnsinn, der anscheinend aus Großbritannien kommt, hilft nicht ein Austritt aus der Europäischen Union, da hilft nur, endlich gemeinsam Schluß zu machen mit dem eigentlichen Wahnsinn, nämlich Tiermehl an Pflanzenfresser zu verfüttern.

Da mag sich Frankreich oder Deutschland oder Großbritannien oder Luxembourg so souverän erklären, wie immer sie wollen - entweder bekommen wir solche Probleme gemeinsam in den Griff oder wir werden souverän daran zugrunde gehen.

Wenn wir unseren Kindern eines Tages nichts weiter zu antworten haben, als nur den Satz, "Wir haben unsere nationale Souveränität vereidigt", dann Gnade uns Gott und ihnen auch.

Wir werden uns so intelligente Kontruktionen für die europäischen Staaten ausdenken können wie immer wir wollen, sie werden nicht akzeptiert werden, wenn wir die Europäische Union nicht mit einigen großen gemeinsamen Projekten der Luftreinhaltung, der Energieeinsparung, der Säuberung von Nord- und Ostsee und Mittelmeer verbinden, statt sie zur Vermittlungsagentur für Umweltreparaturen verkommen zu lassen.

Wenn sich das Verbrechen zunehmend international organisiert, muß auch der Kampf gegen das Verbrechen internationalisiert werden. Beim Drogenhandel sind wir uns schnell einig. Beim Schmuggel mit nuklearem Material können wir uns schnell einig werden. Aber das Wesen international organisierter Kriminalität besteht ja nicht im unkontrollierten Grenzübergang, sondern in der zunehmenden Durchsetzung von Wirtschaft und Gesellschaft in unseren Mitgliedstaaten.

Es bedroht nicht nur Hab und Gut und Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger in der Union, sondern es untergräbt auch Gerechtigkeit und Demokratie in ihren Mitgliedstaaten. Die Europäische Union braucht Europol als europäisches FBI - als Polizeibehörde mit operativen Befugnissen im Bereich des Drogenhandels, des Terrorismus und der internationalen Wirtschaftskriminalität, braucht eine Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, die den Kampf gegen die international organisierte Kriminalität als Kampf für Gerechtigkeit und Demokratie führt.

Wie soll die Union aussehen, an der wir arbeiten? Es geht überhaupt nicht darum, einen europäischen Superstaat zu schaffen, der die Völker auflöst und ihnen ihre jeweils eigene Geschichte und ihr jeweils eigenes Gesicht nimmt, sondern es geht darum, die Gemeinschaft der Völker und Staaten immer fester zu organisieren und ihnen zu helfen, neue Kräfte zu entfalten.

Deshalb darf die Europäische Union ausdrücklich nur innerhalb der Grenzen tätig werden, die ihr durch den Vertrag von Maastricht zugewiesen sind und nur soweit wie die Aufgaben und Ziele von den Mitgliedstaaten allein nicht ausreichend erfüllt bzw. erreicht werden können. Das nennen die Fachleute Subsidiarität.

Einfacher gesagt: Entscheidung in Brüssel soweit wie nötig und Entscheidung vor Ort soweit wie möglich. Das entspricht dem gesunden Menschenverstand und demokratischen Grundsätzen. Auch wir im Europäischen Parlament wollen, daß das künftig strikt beachtet wird.

Die Durchführung der Richtlinien und Verordnungen muß in der Administration der Mitgliedstaaten und bei uns damit bei den Bundesländern und den Gemeinden bleiben. Sie darf nicht nach Europa übertragen werden, und sie wird auch nicht nach Europa übertragen werden.

Wenn das richtig ist, müssen wir allerdings unsere eigenen Klagen in einem anderen Klang geben. Wenn es immer wieder heißt: "Ja, aber in Frankreich oder Italien, da machen die das alles gar nicht, was die europäischen Gesetze vorschreiben, das müßte dort von Europa kontrolliert werden". Wer Subsidiarität ernst meint und wer gegen eine Superbürokratie in Brüssel ist, der muß das hinnehmen.

Wenn die bayerische Staatsregierung den Tierschutz auf der europäischen Ebene bis ins Detail regeln will, aber zugleich die gemeinsamen Mindestvorschriften für Arbeits- und Gesundheitsschutz z.B. für die Sicherheit auf Baustellen mit der Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip wieder abschaffen will, dann geht es nicht um Subsidiarität, sondern um etwas ganz anderes.

Der Vertrag von Maastricht gibt den Regionen in der Europäischen Union durch die Einrichtung des Ausschusses der Regionen ein Mitspracherecht auf der europäischen Ebene. Er ist bei der Gesetzgebung im Bereich der Regionalpolitik, Verkehrspolitik oder Gesundheitspolitik der EU zwingend anzuhören. Er setzt sich zusammen aus gewählten Vertretern der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften. So haben wir es im Europäischen Parlament gewollt. Wir haben aber natürlich nicht festgelegt, wie die Sitzverteilung zwischen Regionen und Städten sein soll.

Das haben wir im Sinne der Subsidiarität den Mitgliedstaaten überlassen. Wenn von den 24 Deutschen im Ausschuß nur drei durch Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände besetzt werden, dann halte ich das nicht nur für bedauerlich, sondern für einen Fehler. Schließlich sind fast die Hälfte der gesamten Mitglieder des Ausschusses - nicht der Deutschen, sondern der anderen - Vertreter der Städte und Gemeinden in Europa.

Die Europäische Union reicht mit ihren Regelungen weit in die kommunale Selbstverwaltung hinein. Beschlüsse der Union wirken sich auf regionaler und kommunaler Ebene direkt aus. Schließlich sind es die Gemeindeverwaltungen, die europäisches Recht ausführen müssen. Nun will ich hier nicht die lange Liste dessen aufzählen, was hineinragt aus Europa in die kommunale Verwaltung. Natürlich kann und muß die Europäische Union vielfach auch für die kommunale Selbstverwaltung den Rahmen setzen, aber sie darf sie nicht strangulieren.

Und deswegen hat bisher eine Mehrheit im Europäischen Parlament ein klares "Nein" zu allen Versuchen gesagt, etwa über den Elektrizitäts- und Gasbinnenmarkt durch unkompensierte Durchleitungsrechte oder durch die Gefährdung des Querverbands, die Gestaltungskraft unserer Städte und Gemeinden zu schwächen.

Übrigens: Die entsprechenden Richtlinien können gegen das Europäische Parlament nicht zustande kommen. Wir wollen, daß ein Mitgliedstaat oder daß die Mitgliedstaaten ihren Gemeinden Ausnahmerechte von der geplanten Liberalisierung einräumen können.

Natürlich gibt es nicht nur aus Bonn und Düsseldorf Unverständliches und Überflüssiges, sondern auch aus Brüssel. Die berühmte Apfelnorm ist dafür ein Beispiel und es gibt andere. Die Verordnung etwa über die Position des Fahrersitzes auf landwirtschaftlichen Nutzfahrzeugen auf vier Rädern mit Gummibereifung ist ein anderes.

Manches von dem, was überflüssig und unverständlich ist, betrifft auch die Gemeinden und die Städte. Aber das Paragraphengestrüpp, durch das sich die Gemeinden kämpfen müssen, ist in Brüssel nicht dichter als in Bonn oder in den Landeshauptstädten.

Was wir als Überregulierung oder Euro-Kauderwelsch kritisieren und karikieren, wird ja gar nicht von der Brüsseler Bürokratie beschlossen. Die hat nämlich gar kein Beschlußrecht, kein Gesetzgebungsrecht. Die Kommission nutzt in den meisten Fällen noch nicht einmal das ihr zustehende Initiativrecht. Von rund hundert Regelungen stammen im allgemeinen nur sieben aus der Ideenliste der Kommission selbst. Die meisten Anregungen, nämlich die 93 anderen, stammen aus den Mitgliedstaaten und zwar vorrangig aus der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesregierung und unsere Landesregierungen selbst haben diese Regelungen verursacht und steigern die Brüsseler Regelungswut. Jede europäische Richtlinie, jede europäische Verordnung muß den Ministerrat, in dem die nationalen Regierungen sitzen, mit Mehrheit und manchmal sogar einstimmig passieren. Es gibt inzwischen eine ganze Beteiligungsbürokratie in den Landesministerien. Fast 500 Landesbeamte wirken an der Brüsseler Regelungsfülle mit und sie legen - die bayerischen voran - in den Verhandlungen über Richtlinien und Verordnungen einen ausgeprägt deutschen Perfektionsdrang und eine manische Detailversessenheit an den Tag nach dem Motto: "Nur mit deutschen Paragraphen kann Europa ruhig schlafen".

Zugegeben: In Brüssel steht genauso wenig wie in Bonn, München oder Düsseldorf der heilige Gral der Politik. Man soll jede einzelne Entscheidung kritisch werten, allerdings das Ganze nicht ständig wegen jeder Kleinigkeit in Frage stellen. Diese Europäische Union hat es schwer im alltäglichen Bewußtsein der Menschen wahrgenommen zu werden. Vieles hängt auch daran, daß die nationale Politik Europa häufig als Deponie benutzt für eigenen Politikmüll, so eine Art Sündenbock für alles, was national verbockt wird.

Übrigens: Subventionsmißbrauch und Betrug mit EU-Mitteln: Da heißt es Brüssel. Aber jeder von uns weiß doch: die EU-Mittel werden nicht in Brüssel verwaltet sondern von den Administrationen der Mitgliedstaaten: So sind 80 Prozent der Betrugsfälle auf Fehler, Schlamperei und Betrug in den nationalen Administrationen zurückzuführen - auch und nicht zuletzt in Deutschland.

Wenn man mal beobachtet, wie europäische Nachrichten über das Fernsehen gebracht werden, wenn der Ministerrat in Brüssel irgendetwas gemacht hat, dann stellt sich der deutsche, aber auch der britische oder französische Minister vor die Fernsehkamera, und wenn etwas beschlossen wurde, wenn man sich geeinigt hat in Brüssel, dann sagt er: "Ich habe durchgesetzt, ich habe gemacht und meine Regierung hat". Wenn sie sich haben nicht einigen können, wenn es nicht funktioniert hat, dann sagt er: "Europa konnte sich nicht einigen". Und solange es so weitergeht, daß europäische Politik präsentiert wird nach dem Motto: "Wenn die liebe Sonne lacht, hat es das eigene Land gemacht, sind es aber Regen, Sturm und Schnee, dann war es immer die EG" werden wir europäische Politik auch nicht im Bewußtsein der Menschen verankern können.

Es gibt eine Kultur der Städte in Europa, die unendlich vielfältiger ist in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und die doch als europäische Stadtkultur etwas typisch europäisches ist. Die Städte haben nicht auf die Europäische Union gewartet, um mit der Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg zu beginnen. Sie waren und sie sind seit jeher offen für andere Kulturen. Das muß und wird auch so bleiben. Und deswegen brauchen wir keine europäische Kulturpolitik der europäischen Union, die ein Greuel wäre und ein Graus. Was wir brauchen ist ein Beitrag der Union zur Erhaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten und der Regionen.

Trotz aller Mängel und Fehler hat sich die westeuropäische Einigung als die erfolgreichste Friedensbewegung der Geschichte erwiesen. Sie war so erfolgreich, daß sie manchem von uns heute überflüssig erscheint, weil wir uns gar nicht mehr vorstellen können - jedenfalls die jüngeren unter uns -, daß jemals wieder Deutsche und Franzosen aufeinander schießen oder Belgier oder Niederländer oder Italiener und Briten.

Am Anfang dieses Jahrhunderts konnte ein einziger Mord in Sarajevo zum Anlaß für einen der blutigsten Kriege unserer Geschichte werden, weil Europa zerrissen war in Nationalismen und Mißtrauen und Haß.

Am Ende dieses Jahrhunderts und angesichts des tausendfachen Mordens in und um Sarajevo kann man nicht die Ohnmacht Europas beklagen und gleichzeitig gegen mehr Macht für Europa sein. Das paßt nicht zusammen.

Das schreckliche Morden auf dem Balkan zeigt uns, daß es in Europa immer noch nicht vorbei ist. Die Dämonen des Nationalismus und des Krieges, die ja nicht nur deutsche Dämonen sind, sind auf unserem Kontinent noch längst nicht ein für alle Mal gebannt.

Mit dem Blick auf Osteuropa, auf den Balkan, auf die zerfallene Sowjetunion glauben manche an die unvermeidliche Wiederauferstehung nationalstaatlichen Denkens und Handelns auch im Westen.

Denn die Rechten und Reaktionäre aller Schattierungen und in allen Ländern Europas haben begonnen, sich von der europäischen Union und von der Idee der Vereinigten Staaten von Europa abzuwenden. Sie schwafeln vom Europa der souveränen Nationalstaaten und spätestens jetzt müßte endlich auch der letzte Euroskeptiker unter uns merken, wo das hinführt. Nie wieder dürfen Nationalismus und Rassismus eine Chance bekommen - nirgendwo in Europa und bei uns schon gar nicht.

Wenn wir das zulassen, dann wird die Vergangenheit Europas auch die Zukunft Europas sein. Dann wird es zurückfallen in das alte Chaos der Bündnisse und Kombinationen miteinander und umeinander und gegeneinander. Und das wäre der Rückfall in die Vorkriegszeit in des Wortes doppelter Bedeutung.

Die Wiederkehr des Nationalismus ist auch die Wiederkehr des Krieges in Europa. Die Antwort auf Nationalismus und Rassenwahn ist nicht weniger, sondern mehr europäische Einigung, nicht Waffen und Armeen, sondern Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Nicht Schutz- und Trutzbündnisse nationaler Staaten, sondern fest organisierte Zusammenarbeit in einer europäischen Gemeinschaft. Nie wieder darf ein Staat in Europa so souverän werden, daß er allein über Krieg und Frieden entscheiden kann.

Das war die Lehre, die Franzosen und Deutsche, Niederländer und Italiener, Belgier und Luxemburger gemeinsam nach zwei schrecklichen Weltkriegen gezogen haben. Ich möchte, daß wir unseren Kindern einmal sagen können, daß das, was wir in den fünfziger und sechziger Jahren unseres Jahrhunderts für einen Teil des Kontinents aufgebaut haben, in den neunziger Jahren nicht verspielt und vertan, sondern gefestigt und ausgebaut worden ist.

Wir wollen dieses Europa auch nicht aus einem deutschen Minderwertigkeitskomplex heraus. Volk und Heimat, Staat und Nation sind nicht schon deswegen für alle Zeiten diskreditiert und für Deutsche nicht brauchbar, weil nationalsozialistische Verbrecher und deutsche Hybris sie schrecklich mißbraucht und verstümmelt haben. Auch wir können und sollen uns in Heimat und Volk und Staat und Nation wiederfinden und uns mit ihnen identifizieren: Aber dabei sollten wir niemals Heinrich Heines Warnung vergessen, der einmal gesagt hat: "Nie sind die Deutschen so außer sich, als wenn sie ganz bei sich sind".

Weder ein Bundesstaat wie Deutschland, noch einer wie die Vereinigten Staaten oder wie die Schweiz werden die Blaupause sein für die künftigen Vereinigten Staaten von Europa. Sie werden etwas anderes und etwas ganz Neues sein.

Es gibt noch einen anderen Grund, weswegen viele Menschen sagen, Europa lohnt sich nicht. Es genüge demokratischen Ansprüchen nicht, heißt es. Das Europäische Parlament habe nichts zu sagen. Nun habe ich am Anfang schon deutlich gemacht, daß sich das mit dem Vertrag von Maastricht geändert hat.

Aber das trifft ja gar nicht den Kern: Als ich neulich über europäische Politik und über das Europäische Parlament gesprochen habe, stand in der Diskussion ein Mann auf und sagte: "Na ja, Herr Hänsch, was Sie uns da erzählen, ist ja alles ganz schön und gut, aber was kann das Europäische Parlament, diese Quasselbude da, denn schon ausrichten?" Nun wußte der Mann vielleicht nicht, daß die Bezeichnung "Quasselbude" für ein Parlament zu den Kampfbegriffen der Nazis und der Kommunisten gehörte, mit denen sie die Weimarer Republik verächtlich gemacht haben und unterhöhlt haben. Geschenk.

Aber was mich schockiert hat, daß dieser Mann immer noch nicht verstanden hat: Was hätten unsere Väter drum gegeben, wenn es zu ihrer Zeit ein frei gewähltes Europäisches Parlament gegeben hätte, in dem die Abgeordneten aus zwölf europäischen Völkern zusammenkommen, um miteinander zu reden, zu streiten und wieder zu reden, statt die Jugend der Völker in die Schützengräben des Ersten und Zweiten Weltkrieges zu treiben.

Und inzwischen ist es längst mehr: Das Europäische Parlament ist aus der beratenden Rolle in eine mitentscheidende hineingewachsen...

Diese Union ist attraktiv. Von außen gehen mehr als von innen. Aber wenn sich die Österreicher, die Finnen, die Schweden entschieden haben, dabei zu sein - dann haben sie das doch nicht getan, weil es sie in ein marodes, bankrotttes, handlungsunfähiges Unternehmen ohne Zukunft drängt.